



Protest vor dem Rathaus: Bürgerinnen und Bürger aus mehreren Stadtteilen machen mit Plakaten auf ihre Situation aufmerksam. Sie wehren sich gegen neue Windenergieanlagen vor ihrer Haustüren und fordern unter anderem, dass der Abstand zwischen Windrädern und Wohnbebauung vergrößert wird. FOTO: MARC KÖPELMANN

Zwei weitere Windräder für Dahl

Planungsausschuss sieht aus rechtlichen Gründen keine Möglichkeit zur Ablehnung

VON SABINE KAUKÉ

■ Paderborn. Im Stadtteil Dahl werden im Bereich Holterfeld zwei neue Windräder aufgestellt – die Zustimmung des Kreises Paderborn vorausgesetzt. Dafür gab der Bau- und Planungsausschuss des Rates bei einer Gegenstimme der DIP jetzt grünes Licht. „Wir würden gern ablehnen, aber aus rechtlicher Sicht bleibt keine Wahl“, betonte CDU-Fraktionschef Markus Mertens.

Bereits im Vorfeld der Entscheidung hatten 40 Bürgerinnen und Bürger, vor allem aus Dahl, vor dem Rathaus protestiert. „Bürgerwille vom Winde verweht“, prangte auf einem der Banner. „Ich habe stark den Eindruck, dass das, was in Dahl

diskutiert wird, sich nicht an den rechtsverbindlichen Fakten orientiert, die im Raum stehen“, sagte Claudia Warnecke im Rathaus. Die Beigeordnete erläuterte Rahmenbedingungen und Schwierigkeiten, die aus dem Zusammenspiel von Bebauungsplan (2000) und einer Änderung des Flächennutzungsplanes (2010) resultierten. Der Flächennutzungsplan, der Windkonzentrationszonen definiert, überlagere den Bebauungsplan, der Standorte und Höhen für Windräder festsetzt.

„Es geht hier nicht darum, was planerisch wünschenswert ist“, betonte auch Fachanwalt Andre Unland (Kanzlei Baumeister) rechtliche Aspekte. Die Genehmigung der beiden Windkraftanlagen sei auch deshalb ein „vernünftiger Schritt“, weil man

auf diese Weise die Ansiedlung von drei weiteren Anlagen im Holterfeld verhindern könnte. Beide Windräder seien mit dem Konzept der Stadt vereinbar.

»Es reicht. Jetzt sind auch mal andere dran«

Einen Spielraum für Paderborn, das Einvernehmen zu verweigern, sieht Unland nicht. Immissionswerte hinsichtlich Verschattung und Schallschutz für Anwohner würden wie der Abstand zur Wohnbebauung nicht unzulässig überschritten.

Trotz verständlicher Emotionen gebe es keine Alternative, die rechtlichen Konsequenzen einer Ablehnung seien in der

Höhe nicht absehbar, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mertens. Für Dahl bedeute die Zusage zwei Anlagen zu viel, in der Summe seien es für den Ort aber immerhin drei Windräder weniger. Ob Monte Scherbelino, Wewer, Sande, Schloß Neuhaus oder die Bergdörfer: Überall drohten Gefahren in Form neuer Anlagen: „Wir werden uns mit aller Kraft entgegenstellen“, kündigte Mertens an.

„Es reicht. Wir brauchen keine Anlagen mehr. Jetzt sind auch mal andere dran“, wettete der CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Sieveke gegen die „weitere Verspargelung“ der Landschaft: „Wir müssen ans Baugesetzbuch ran.“ Ähnlich äußerte sich der Liberale Thomas Sprute: „Wir können es nicht verhindern und müssen die

Vorlage (für Dahl) unterstützen.“ Ansonsten wünsche die FDP „allen Erfolg der Welt gegen Windkraft“.

Am Jahresanfang standen nach Angabe der Bezirksregierung 401 Windanlagen im Kreis Paderborn, fast die Hälfte aller Anlagen in Ostwestfalen-Lippe. Was die Einen ärgert, freut die Anderen. „Wie anders sollte die Energiewende denn funktionieren?“, fragte SPD-Chef Franz Josef Henze. „Ich bin für die Energiewende und finde das richtig und gut“, so Reinhard Borgmeier (DIP): „Erfolgreich sind wir nur, wenn wir die Menschen mitnehmen.“ Weil ihn die juristische Begründung nicht überzeugte und „man ein gewisses Risiko eingehen muss, wenn man gestalten will“, stimmte er gegen die Vorlage.